Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 9 März 1887. Nr. 113.

Deutscher Reichstag.

4. Plenarsitzung vom 8. März.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär des Innern v. Bötticher, Dr. Jacobi, Bronsart von Schellendorff.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Etats ein.

Staatssekretär Dr. Jacobi: Ich werde mich auf wenige Ausführungen beschränken. Der Etat wird Ihnen fast unverändert vorgelegt — das erleichtert seine Berathung. Anlaß zu Aenderungen hat nicht vorgelegen, außerdem schien es uns auch nicht angezeigt, die Ausgaben zu erhöhen. Nothwendig werdende Mehrausgaben werden Ihnen in besonderen Nachtragsforderungen zugehen. Der Etat stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 746,882,426 Mark. Die Abweichungen vom früher Ihnen vorgelegten Etat sind nicht bedeutend. Die im November von mir gegebenen Ziffern über die voraussichtlichen Steuereinnahmen erfahren gleichfalls eine wesentliche Aenderung nicht. Daß die finanzielle Lage darauf hinweist, die Einnahmen des Reiches mitzutheilen, ist bekannt, doch kann jetzt noch nicht das Resultat der auf Vermehrung der Einnahmen gerichteten Bemühungen mitgetheilt werden. Die Regierungen legen zunächst Werth darauf, daß der Etat möglichst schnell Bewilligung findet.

Abg. Frhr. v. Huene (Zentr.): Auch wir theilen den Wunsch nach baldiger Erledigung des Etats und auf diesen Wunsch können unsere Berathungen um so mehr Rücksicht nehmen, als ja der Etat keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat. In der Thronrede ist diesmal die Hoffnung ausgesprochen, mit diesem Reichstage die Deckungsfrage zu lösen — wir sind bereit, an dieser Lösung mitzuarbeiten, soweit es sich nicht um Monopole handelt. Es ist gestern wieder das Reichs-Einkommensteuer-Projekt angeregt worden, wir können uns für dieses Projekt nicht entscheiden. Zwar steht dem Projekte keine Verfassungs-Bestimmung im Wege, aber seine Ausführung würde die Rechte der Einzelstaaten beschränken. Ich glaube, wir werden von vornherein keine kommissarische Berathung brauchen; es wird genügen, wenn wir einzelne Kapitel, bei denen sich die Nothwendigkeit dazu herausstellt, bei der Berathung an die Kommission verweisen. Die Hauptsache ist, daß wir den Etat schnell erledigen, ohne auf seine gründliche Prüfung zu verzichten.

Abg. Freiherr von Maltzahn-Gültz (deutschkons.): Ich habe bereits einen Antrag formulirt, der einige Kapitel bestimmt, die der Kommission zu überweisen sich empfehlen dürfte. In eine generelle Prüfung des Etats einzutreten, scheint mir nach Lage der Dinge nicht angezeigt. Wohl darf nicht übersehen werden, daß die Summe der Ausgaben die der Einnahmen bedeutend übersteigt, aber ich glaube, daß wesentliche Ersparungen nicht gemacht werden können. Es sind auch für die nächsten Jahre Mehrbewilligungen nöthig, besonders für die vergrößerte Friedens-Präsenzstärke. Auf die Dauer aber ist ein solches Mißverhältniß zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht möglich, eine Vermehrung der Einnahmen wird zur Nothwendigkeit. Diese Vermehrung ist natürlich sehr schwierig. Wir werden abzuwarten haben, welche Vorschläge die Regierungen uns machen werden. Die bisherigen Steuerreformpläne der Regierung sind gescheitert, so z. B. die Spiritussteuerfrage. Wir enthalten uns aber aller Vorschläge und erwarten zunächst die der Regierung. Im vorigen Reichstage hat die freisinnige Partei eine Reichs-Einkommensteuer vorgeschlagen, aber nicht in Form eines Gesetzes, sondern nur in der einer Resolution. Mit einer Resolution läßt sich aber wenig machen, in einem Gesetze sieht das ganz anders aus. Wir müssen daher abwarten, wie die Herren ihren Vorschlag formuliren werden. Mir scheint bedenklich dabei nicht die Mehrbelastung der Wohlhabenden — eine solche Mehrbelastung der Wohlhabenden haben wir bereits in der Börsensteuer versucht. Aber zu bedenken ist doch, daß die Leute, die jene Steuer zu tragen hätten, dem Reiche und den Einzelstaaten angehören. Das Reich hat sich bisher darauf beschränkt, seine Einnahmen aus den Zöllen und Konsumsteuern zu nehmen, es hat die persönlichen Steuern aber den Einzelstaaten überlassen. Wenn nun außer den Einzelstaaten auch das Reich persönliche Steuern erhebt, so entsteht eine Mehrbelastung der Einzelstaaten und der einzelnen Steuerzahler. Wie soll denn nun aber die Veranlagung geschehen? Würde nicht der Mecklenburger anders als der Preuße, der Baier anders als der Sachse besteuert werden? Jedenfalls werden wir erst den Etat erledigen müssen und die Deckung des Defizits erst in der zweiten Linie erwägen. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert (freis.): Auch wir wollen die Berathung des Etats nicht verzögern, wir wollen das Gleiche von der Militärvorlage und sind daher vollständig damit einverstanden, wenn unsere Resolution über die Reichseinkommensteuer gesondert von der Militärvorlage diskutirt wird. — Der Etat ist uns fast unverändert vorgelegt, über seine Einzelheiten habe ich mich bereits im November geäußert. Das Wichtigste ist die Deckungsfrage und da zeigt sich, daß man uns verantwortlich machen will für die Deckung der Ausgaben. Die gegnerische Presse wirft uns vor, ewige Nörgeler zu sein und Alles abzulehnen — sie fordert dann aber wieder von uns, die Deckung für die bewilligten Ausgaben zu besorgen. Entweder die erste Beschuldigung oder die zweite Forderung ist falsch. Aber die Wahrheit liegt in der Mitte. Wenn die Regierung hier einen neuen Sekretär, dort neue Ausgaben für die Kolonialpolitik verlangt und wir diese Forderungen bewilligen, weil sie bloße Konseauenzen der früher von der Majorität gegen uns ausgesprochenen Bewilligungen sind, so darf man uns für die Mittel hierzu doch nicht verantwortlich machen. Außerdem haben wir ja stets eine Reform der Zuckersteuer, eine Branntweinsteuer, aber freilich auf anderer Grundlage, als die Regierung sie wollte — gefordert. Wir haben sogar einen Antrag auf erhöhte Personalsteuern, auf Einführung einer Reichseinkommensteuer gestellt. Für die Kapitalrentensteuer in Preußen waren wir freilich nicht zu haben, jenes Projekt beruht auf für uns unannehmbaren Prinzipien. Nachdem die Redner dieses Hauses bereits so vielfach auf unsere Resolution zurückgekommen sind, scheint es doch, daß der Antrag mehr Bedeutung hat, als man ihm anfangs zuschrieb, wo man ihn allein als Wahlmanöver bezeichnete. Nein, nachdem man seit 1879 durch die indirekten Steuern die Unbemittelten belastet hat, scheint es uns an der Zeit, daß nun auch die Begüterten und Reichsten herangezogen werden. Abg. von Huene hat bereits heute zugestanden, daß die Reichseinkommensteuer der Verfassung nicht widerspräche. Sie soll in die Rechte der Einzelstaaten eingreifen, aber nehmen denn die Einzelstaaten nicht auch Theil an den indirekten Steuern? Wir werden diesen Plan nicht aufgeben und je mehr er diskutirt wird, desto mehr Beifall wird dieser Plan finden. Herr von Maltzahn fragt, wie soll das Gesetz ausgeführt werden? Ich antworte, gemäß der Paragraphen 9—12 des Entwurfs zur Besteuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Personen, jenes Regierungsentwurfs, der seinerzeit nicht zur Annahme gekommen. Die Herren berufen sich stets auf das indirekte Steuersystem in Frankreich; aber auch dort denkt man bereits daran, daß den indirekten Steuern eine Grenze gezogen werden müsse. Die Thronrede spricht von einer Steuerreform im Sinne der Gerechtigkeit — das war die Steuerpolitik seit 1879 doch aber nicht. Seit 1879 170 Millionen indirekte Steuern, die die Unbemittelten belasten! Wollen Sie eine gerechte soziale Steuerpolitik, so werden Sie uns auf Ihrer Seite finden — im anderen Falle aber werden wir die Steuerpolitik bekämpfen. Wir werden die zu erwartenden Steuervorlagen mit wohlwollender Kritik begleiten (Heiterkeit), wir wollen aber abwarten, ob jene Steuervorlagen wieder zu Gunsten der begüterten Klassen ausfallen. Das deutsche Volk hat bei den Wahlen sich für das Septennat als eine Frage der Macht entschieden; wir wissen aber, daß das Volk bald erkennen wird, es giebt noch andere als bloße Machtfragen. Auch wir wollen die Machtexistenz Deutschlands, aber es giebt auch geistige Interessen und neben einem starken Heere brauchen wir Schutz der freiheitlichen Interessen. (Beifall links.)

Abg. v. Benda (natl.): Die Berathung des Etats wird, glaube ich, nicht lange dauern, da wir ja uns bereits auf die Vorarbeiten der vorigen Session stützen können und der Etat fast unverändert ist. Wir erwarten von der Regierung daß sie angesichts unserer Finanzlage nun auch die Initiative für die Steuerreform ergreifen wird. Wir lesen aus der Thronrede heraus, daß die Vorarbeiten für die Steuerreform bereits im Gange sind. Wir haben abzuwarten, was die Regierung uns proponiren wird, leicht wird die Lösung der Reformfrage nicht sein, sie wird aber erleichtert, wenn man von allzu phantasiereichen Plänen Abstand nimmt. Ich hoffe auch, daß die Hemmnisse, die früher in der Kommission den Steuervorlagen bereitet worden, jetzt fortfallen werden und daß man Angesichts der dringenden Lage die Bedürfnißfrage nicht mehr stellen wird. Je mehr Vertrauen wir auf eine Verständigung mit der Regierung haben, desto mehr ist auch die Regierung zum Entgegenkommen verpflichtet. Wir hegen das Vertrauen, daß die Regierung ihre Aufgabe glücklich lösen wird. (Beifall.)

Abg. Nobbe (Reichsp.): Dieser Etat ist uns vom vorigen Reichstage gewissermaßen als ein Erbschaft überkommen; wollen wir den Etat rechtzeitig erledigen, so müssen wir möglichst wenige Theile des Etats an die Kommission verweisen. Zur Deckung des Fehlbetrages ist die Reichs-Einkommensteuer vorgeschlagen; das ist ein alter Gedanke, aber er hat schon früher sich als unausführbar gezeigt und ist deshalb fallen gelassen. Weit angezeigter erscheint uns, wenn wir die Einzelstaaten in den Stand setzen, eine Reform der direkten Steuern vorzunehmen und die Kommunen zu entlasten. Eine Erhöhung der Matrikularbeiträge würde ich immer noch einer Reichs-Einkommensteuer vorziehen, denn zur Einschätzung für eine solche Steuer besitzen wir überhaupt gar keine Organe. Es würde eine völlige Verwirrung der Steuersysteme eintreten müssen. Die Reichspartei will den Ausbau des indirekten Steuersystems, um die Finanzen des Reiches zu sichern und die Einzelstaaten zu befähigen, ihre direkten Steuern einer Reform zu unterziehen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die in dem von den Abgg. v. Maltzahn und Genossen gestellten Anträge bezeichneten Etatskapitel der Budget-Kommission überwiesen.

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Lesung der Militärvorlage, Militärreliktengesetz.

Schluß 2¾ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 8. März. Zum Geburtstage des Kaisers werden, soweit bis jetzt bekannt, nachstehende Fürstlichkeiten in Berlin anwesend sein: der König und die Königin von Sachsen, der König und die Königin von Rumänien, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden, der Prinz of Wales, der Graf von Flandern mit seinem Sohn Balduin, Prinzen von Belgien, der Prinz Georg von Sachsen mit dem Prinzen Friedrich August und der Prinzessin Mathilde, der Herzog von Aosta, der Prinz Ludwig von Baiern, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen, der Großherzog von Hessen nebst Tochter Prinzessin Irene, die Grostherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin, die Großherzogin-Wittwe Marie von Mecklenburg-Schwerin, der Erbgroßherzog und die Erbgroßberzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Oldenburg, der Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland und die Großfürstin Vera von Rußland, der Prinz und die Prinzessin Wilhelm von Würtemberg, der Herzog von Sachsen-Altenburg, der Fürst Lippe-Detmold und Fürst Reuß ä. L. Die Herzogin Adelhaid von Schleswig-Holstein trifft mit ihren beiden Töchtern, den Prinzessinnen Luise Sophie und Feodore, bereits heute Abend 6½ Uhr in Berlin ein, begiebt sich jedoch sofort nach Potsdam zum Prinzen und der Prinzessin Wilhelm, um zunächst dort am 12. d. Mts. den Tauffeierlichkeiten beizuwohnen. Kronprinz Rudolf trifft bereits am 16. d. Mts. hier ein.

— Von den Stichwahlen ist jetzt endlich auch das letzte Resultat eingegangen: in Forchheim siegte Petzold (Zentrum) über Schauß (nat.-lib.). Auch die definitiven Wahlergebnisse liegen jetzt ziemlich vollständig vor: nach ihnen ist an den vorläufigen Mittheilungen, die wir gebracht haben, nichts zu ändern. Der Gewinn der Stichwahlen vertheilt sich folgendermaßen: die Konservativen gewannen 8, die Reichspartei 5, die Nationalliberalen 15, das Zentrum 8, die Freisinnigen 18, die Sozialdemokraten 5 und die Welfen 2 Sitze. Darnach stellt sich die Partei-Gruppirung jetzt so, daß von den drei regierungsfreundlichen Parteien die Konservativen 80, die Reichspartei 41 und die Nationalliberalen 102 Mitglieder zählen. Von den übrigen Parteien zählen die Deutschfreisinnigen 30, die Sozialdemokraten 11, das Zentrum 100, die Welfen 4, die Polen 13, die Dänen 1 und die Elsaß-Lothringer 15 Sitze.

— Der kürzlich aus Gera ausgewiesene sozialdemokratische Agitator Regierungs-Baumeister a. D. Keßler hat sich jetzt in Altenburg niedergelassen.

— Die bairische Armee zählt nach dem soeben erschienenen Militärhandbuch (der Rangliste) 1868 aktive Offiziere. Unter denselben bekleiden 54 die Generals-, 175 die Stabsoffiziers- und 1639 die Hauptmanns- und Lieutenantschargen. Im Einzelnen sind vorhanden 8 Generale der Infanterie oder Kavallerie, 15 Generallieutenants, 31 Generalmajors, 30 Obersten, 30 Oberstlieutenants, 115 Majors, 370 Hauptleute bezw. Rittmeister, 383 Premierlieutenants und 886 Sekondlieutenants. Abgesehen von den Generalen zählen die Infanterie 1078 Offiziere, die Jäger 71, die Kavallerie 265, die Artillerie 294, die Pioniere, Eisenbahn- und Fortifikationstruppen 83 und der Train 23 Offiziere. Offiziere der Reserve und Landwehr sind 1626 vorhanden, darunter nicht mehr als 12 Hauptleute bezw. Rittmeister; ferner 160 Premier- und 1454 Sekondlieutenants. Offiziere zur Disposition giebt es 1497, darunter 80 Generale, 521 Stabsoffiziere und 896 sonstige Offizere. Im baierischen Offizierkorps ist das bürgerliche Element bedeutend stärker als im preußischen. Unter den aktiven Offizieren sind nur 391 (21,6 pCt.), unter den Offizieren des Beurlaubtenstandes 74 (4,6 pCt.) adelig.

— Auf den Krupp'schen Werken wird, wie die „Elberfelder Ztg." hört, eine ganz außergewöhnliche Thätigkeit entfaltet, welche einen solchen Umfang annimmt, daß sogar neue Gebäude errichtet werden müssen, um alle für die deutsche Regierung kontrahirten Lieferungen zu den bestimmten Ablieferungsterminen den eingegangenen Verpflichtungen gemäß fertig stellen zu können.

— Wie sich aus dem vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Geschäftsbericht ergiebt, bestehen zur Zeit 26 Reichsberufsgenossenschaften mit 122,415 Betrieben und 1,570,365 Arbeitern. Dazu treten dann noch 24 andere Berufsgenossenschaften, welche sich über die Grenzen eines Bundesstaats hinaus erstrecken. Sie zählten 71,269 Betriebe mit 1,041,577 Arbeitern, insgesammt also 50 größere Berufsgenossenschaften mit 193,684 Betrieben und 2,611,942 Arbeitern. Landes-Berufsgenossenschaften sind 12 vorhanden, davon entfallen 6 auf Preußen, je 2 auf Baiern und Sachsen, und je 1 auf Würtemberg und die Reichslande. Die 12 Landesberufsgenossenschaften umfassen 39,460 Betriebe und 495,673 Arbeiter. Für die 62 Berufsgenossenschaften ergiebt sich also insgesammt die Zahl von 233,144 Betrieben und 3,107,615 Arbeitern. Dazu kommen noch 1) 48 Reichs- und Staats-Ausführungsbehörden für Reichs- und Staatsbetriebe mit 265,088 Arbeitern und 2) die vom 1. Januar 1887 ab für versicherungspflichtig erklärten Bautischlereien und Bauschlossereien mit 26,597 Betrieben und 49,163 Arbeitern. In Summa also 259,741 Betriebe und 3,421,866 Arbeiter. Der Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften wird von den Berufsgenossenschaften durchweg als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erfaßt. Vom Reichsversicherungsamt sind bis jetzt allerdings nur für 6 Berufsgenossenschaften die vorgelegten Unfallverhütungsvorschriften genehmigt worden und zwar 1) für die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumenten-Industrie, 2)

für die südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft, 3) für die süddeutsche Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft, 4) für die rheinisch-westfälische Textil-Berufsgenossenschaft, 5) für die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und 6) für die norddeutsche Holzberufsgenossenschaft. Die übrigen Berufsgenossenschaften bereiten aber gegenwärtig Unfallverhütungsvorschriften vor und haben zum Theil bereits vorläufige Entwürfe eingereicht. Die Mitwirkung der Arbeitervertreter hat sich überall als heilsam erwiesen. Es kommt einmal ihr sachverständiges Urtheil beim Erlaß der Vorschriften zu Gute, auch hat ihre Betheiligung auf die Arbeiter einen guten Einfluß ausgeübt. Sie befolgen die Unfallverhütungsvorschriften williger selbst in den Fällen, wo sie ihnen unbequem sind. Ueber die Gestaltung der finanziellen Ergebnisse der Unfall-Versicherung läßt sich noch kein sicheres Urtheil fällen. Die Ergebnisse des letzten Quartals 1885 liegen zwar vor, doch ist der Zeitraum ein zu kurzer, auch kommt in Betracht, daß in dieser Zeit Invaliden-Renten noch gar nicht und Entschädigungen nur in geringem Maße bezahlt werden konnten. (268 Unfälle und 18,146 Mark Entschädigung.) Nach vorläufiger Ermittelung beläuft sich die Zahl der 1886 entschädigten Unfälle auf 10,414 und die verausgabten Entschädigungen (Renten rc.) betrugen ungefähr 1,764,704 Mark.

— Der Weihbischof Cybichowski, welcher, wie schon gemeldet, nach längerem Leiden Sonntag, den 6. d. M., Morgens in Gnesen gestorben ist, war im Jahre 1828 zu Obiezierze (Kr. Obornik) geboren und besuchte das Marien-Gymnasium zu Posen. Als Gymnasiast betheiligte er sich an den polnischen Bewegungen im Jahre 1846, so daß er einige Zeit in Untersuchungshaft saß; er legte alsdann im Jahre 1847 die Abiturientenprüfung ab, studirte katholische Theologie, wurde im Jahre 1852 zum Geistlichen geweiht, und war einige Zeit Lehrer am hiesigen Geistlichen-Seminar. Nachdem er seiner geschwächten Gesundheit wegen einige Zeit auf den hyerischen Inseln zugebracht hatte, wurde er als Probst nach Colmar in Posen berufen und alsdann im Jahre 1867 vom damaligen Erzbischof Ledochowski zum Weihbischof der Erzdiözese Gnesen ernannt. Als solcher hat er wegen ungesetzlicher Ausübung bischöflicher Funktionen eine Gefängnißstrafe von 9 Monüten verbüßt.

Ausland.

London, 8. März. Bei der in Kürze bereits mitgetheilten Berathung des Unterhauses über den für Sir Drummond Wolffs Mission geforderten Kredit erklärte Unterstaatssekretär Fergusson, von der Mission Wolffs seien sehr werthvolle Ergebnisse zu erwarten, der Schriftwechsel mit Wolff, der sehr wichtige Informationen Wolffs über die Uebel, an denen Egypten kranke, und über die erforderlichen Mittel zur Abhülfe, namentlich in Bezug auf die Kapitulationen, die Reform des Justizwesens, Zollwesens, Postwesens, sowie betreffs der Staatsschuld und der Eisenbahnen enthalte, werde dem Hause demnächst vorgelegt werden. Von der Ausführung aller dieser Reformen hänge die Zurückziehung der englischen Truppen ab. So lange die egyptische Regierung außer Stande sei, innerhalb der Grenzen Ordnung zu erhalten und die im Lande befindlichen Fremden zur Tragung eines der Billigkeit entsprechenden Theils der Staatslasten heranzuziehen, sei eine Räumung Egyptens durch die englischen Truppen verfrüht, dieselbe würde nur das Signal sein zu neuem Unheil oder der Grund zur Intervention irgend einer anderen ausländischen Macht. Sir Drummond Wolff erfülle gegenwärtig in Konstantinopel den letzten Theil seiner Mission und machte der Pforte mit Vorwissen der Mächte Vorschläge, die die Lage Egyptens hoffentlich bessern, die Gefahren, denen das Land ausgesetzt sei, beseitigen, und England in den Stand setzen würden, die Okkupation in einer Weise zu beenden, die Egypten keinem gefährlichen Risiko aussetze. Die Unterhandlungen Wolffs hätten ein Stadium erreicht, das große Hoffnung auf Erfolg gewähre. Die Mächte hätten sich jeder Pression enthalten, keine derselben habe Wolffs Vorschläge bekämpft, mehrere Mächte hätten dieselben unterstützt, einige andere hätten deren Annahme von keineswegs unüberwindlichen Bedingungen abhängig gemacht. Der geforderte Kredit wurde, wie bereits gemeldet, mit 234 gegen 146 Stimmen bewilligt.

Bukarest, 7. März. Nach einer Meldung aus Rustschuk sollen dort große Vorsichtsmaßregeln getroffen sein, da ein neuer Aufstand befürchtet werde; in Rustschuk und Turtukai seien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. März. Gestern Vormittag fand im Stettiner Konzert- und Vereinshause die 9. ordentliche General-Versammlung des „Pommerschen Vereins zur Ueberwachung von Dampfkesseln" statt und erstattet zunächst der Vorsitzende, Herr Dr. Delbrück, Bericht über das Verwaltungsjahr 1886, wobei er hervorhob, daß der Abschluß des Rechnungsiahres 1886 einen Ueberschuß von 3268 Mark 55 Pf. ergab, welcher zum Reservefond geschlagen wurde, der jetzt die Höhe von 19 540 Mark 24 Pf. erreicht hat und wovon zuvörderst die Kosten für die Beamten-Versicherung gedeckt werden sollen. Bemerkenswerth ist ferner, daß der Vorstand beschlossen hat, einen der praktischen Heizerschule noch Lehrlinge anzustellen, welche gegen ein mäßiges Entgelt zur Verfügung der Kesselbesitzer gestellt werden sollen und sollen dieselben auch als Nothheize für erkrankte Heizer verwandt werden. Der Vereins-Oberingenieur, Herr Betke, erstattet sodann Bericht über das Revisionsjahr 1886; demselben entnehmen wir:

Das 7. Geschäftsjahr des Pommerschen Vereins zur Ueberwachung von Dampfkessel wurde mit 349 ordentlichen Mitgliedern u. 739 Dampfkesseln und 27 Kochgefäßen geschlossen. Es brachte also einen Zuwachs von 23 Mitgliedern mit 74 Kesseln. Neu traten ein 8 Mitglieder mit 75 Kesseln und von 15 d. alten Mitglieder wurden 21 Dampfkessel neu angeschafft. Diesem Zuwachs von 96 Kesseln steht ein Abgang von 10 Mitgliedern mit 12 Kesseln gegenüber, von denen 7 Mitglieder mit 8 Kesseln wegen Aufgabe und Verkaufs ihres Dampfbetriebes, die übrigen 3 Mitglieder mit 4 Kesseln aber wegen Abbrandes ihrer Fabrik aus dem Vereine schieden. An den 809 revisions- und zahlungspflichtigen Vereinskesseln des Jahres 1886 wurden 434 innere und 1168 äußere Untersuchungen, 70 periodische Wasserdruckproben, 39 solcher nach einer Kesselreparatur und 28 behufs Prüfung der Konstruktion von neuen Kesseln, sowie endlich 31 Abnahmen neu errichteter Kesselanlagen, d. i. in Summa 1770 Untersuchungen vorgenommen. Dies ergiebt im Durchschnitt pro Vereinskessel 2,264 Untersuchungen bei 0,544 innern und 1,546 äußern Revisionen und 0,169 Wasser-Druckproben oder mehr als das Vereins-Reglement und 4,53 so viel, als das Regulativ vom 24. Juni 1872 fordert. Außer diesen Sicherheitsrevisionen wurden noch viele besondere technische Arbeiten geleistet, als Kessel und Maschinen begutachtet und sowohl auf dem Vereinsbüreau, als auch bei den Mitgliedern in Betreff ihres Dampfbetriebs Rath ertheilt. Ferner wurden 27 neue Dampfkessel für Nichtmitglieder der Konstruktions-Prüfung und Wasserdruckprobe unterworfen und endlich im Auftrage der Behörden die Konzessions-Vorlagen für 23 neu zu errichtende Vereins-Dampfkesselanlagen geprüft. Die sämmtlichen Außen-Arbeiten der Vereinsbeamten erforderten an Zeit 559 Tage, davon 74 für den Stadtkreis Stettin, und 230 Nächte, sowie an Wegelänge 22,700 Kilom. per Eisenbahn und 8000 per Wagen und Schiff. Auch im Jahre 1886 ist ein Unfall von Bedeutung an den Vereinskesseln nicht vorgekommen; dagegen wurde wieder ein praktisch-theoretischer Unterrichtskursus für Heizer von Vereinsmitgliedern an geeigneten Dampfkesselanlagen mit bestem Erfolge abgehalten. Um aber möglichst allen, also auch den von Stettin am entferntesten wohnenden Mitgliedern eine gründliche und billige Unterweisung ihres Kesselpersonals zu ermöglichen, wird im Laufe des Jahres 1887 einer der Heizer der Zementfabrik in Züllchow, welcher sich bereits auf der praktischen Heizerschule als Instruktor bewährt hat, dem Vereine für Bedarfsfälle durch Herrn Kommerzienrath Dr. Delbrück zur Verfügung gestellt. Hierdurch wird es dem Verein möglich werden, seinen Mitgliedern die Vortheile des Lehrheizer-Instituts zu gewähren, ohne daß die Vereinskasse belastet wird. Als weiterer und fördernder Ausbau der Vereins-Organisation ist die möglichste Sicherstellung der Vereinsbeamten gegen die Folgen von Unfällen aller Art, Tod, Invalidität und Krankheit durch geeignete Versicherung und andere Fürsorge aus Vereinsmitteln beschlossen worden.

Nach der Revision der Jahres-Rechnung pro 1886 wurde die Decharge ertheilt und demnächst der für 1887 aufgestellte Etat genehmigt. Die statutenmäßig aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder: Kommerzienrath Dr. Delbrück-Züllchow, Westphal-Stolp, Ingenieur Engelbrecht-Stettin, Oekonomierath Nobbe-Pinnow wurden durch Akklamation auf 3 Jahre wiedergewählt.

Schließlich kam noch die durch Beschluß der 7. General-Versammlung gewünschte Vorlage betreffend die Versicherung der Vereins-Beamten zur Berathung. Herr Dr. Delbrück referirte. Es soll für alle Beamten des Vereins eine Versicherung gegen Unfälle aller Art, sowie gegen Krankheit und Tod geschaffen werden und sollen die hierdurch entstehenden Kosten aus der Kasse des Vereins gedeckt werden.

Der Reservefonds soll in Zukunft die Höhe von 10,000 Mark nicht mehr übersteigen und etwaige Ueberschüsse den Vereins-Mitgliedern jährlich als Dividende auf die Jahres-Beiträge in Raten von 10 Prozent, 15 Prozent und 20 Prozent rc. zurückgezahlt werden.

— Der vom Bezirksverein Oberwiek am Sonnabend, den 5. d. M., im Ausschank der Bergschloß-Brauerei veranstaltete Herrenabend erfreute sich lebhafter Theilnahme. Nachdem der Toast auf Se. Majestät den Kaiser ausgebracht war, wechselten ernste und heitere Vorträge und Reden mit einander ab. Die Konzertmusik, von Mitgliedern der Kapelle des Königs-Regiments ausgeführt, errang sich besonderen Beifall. Man trennte sich erst gegen Morgen mit dem Bewußtsein, einen vergnügten Abend verlebt zu haben und sich einander freundschaftlich näher gerückt zu sein.

— In Betreff unseres Berichts über die am Sonntag erfolgte Beerdigung eines verstorbenen Kanoniers geht uns eine Zuschrift zu, in welcher anerkannt wird, daß der Bericht zwar im Großen und Ganzen richtig, immerhin aber geeignet sei, den Vorgang in falschem Lichte erscheinen zu lassen, weshalb um Aufnahme folgender Bemerkungen gebeten wird: „Der verstorbene Kanonier gehörte nicht der hiesigen Garnison, sondern der in Gollnow stehenden Artillerie-Abtheilung an, und war nur zum Zweck einer Amputation in das hiesige Garnison-Lazareth übergeführt worden, wo er verstarb. Da für die Ausschmückung des Sarges der Truppentheil des Verstorbenen zu sorgen pflegt, so erklärt es sich, ohne daß auf Jemanden eine Schuld fällt, daß bei einem keinem hiesigen Truppentheile angehörenden Soldaten diese Pflicht versäumt werden konnte, und ebenso, daß Offiziere an der Beerdigung sich nicht betheiligten. Uebrigens fehlte es auch nicht an Kränzen, welche von den Angehörigen dem Sarge nachgetragen worden waren. Ein Grab war allerdings nicht gegraben, doch liegt hier nicht eine Versäumniß oder Vernachlässigung vor, sondern ein geringfügiges Versehen, durch welches die Anweisung, das Grab herzustellen, an einer falschen Stelle abgegeben worden war. Das Kirchhofsthor war nicht verschlossen und ein Hin- und Herlaufen fand nicht statt, vielmehr wurde der Leichenzug sofort von dem Kirchhofs-Inspektor an die für das Grab bestimmte Stelle geführt, wo nach der üblichen Trauerrede und den liturgischen Gebeten die Einsegnung der Leiche durch den Geistlichen stattfand. Daß die Situation im ersten Augenblick eine peinliche war, soll nicht geleugnet werden, aber nichts deutete darauf hin, daß der Verstorbene „gleich einem Verstoßenen ohne jegliches Zeichen des Mitgefühls" beerdigt werden sollte. In dem vorgestrigen Bericht war bereits anerkannt worden, daß die Beerdigung mit allen militärischen Ehren, namentlich mit Begleitung der Regiments-Kapelle erfolgte."

— (Stettiner Lehrer-Verein.) Am 26. Februar feierte der Stettiner Lehrer-Verein das Fest seines 25jährigen Bestehens. Nach dem bei Eröffnung der Tafel von dem Vorsitzenden, Lehrer Biermann, gegebenen Bericht über die Gründung, Entwickelung und Thätigkeit des Vereins trat dieser im Jahre 1862 unter dem Vorsitz des bereits verstorbenen Rektors Hellert mit 47 Mitgliedern ins Leben und zählt jetzt 164 Mitglieder. Seine Hauptaufgabe, das materielle wie intellektuelle Interesse seiner Mitglieder, sowie das Beste der Schule zu fördern, suchte der Verein dadurch zu lösen, daß er sich in seinen Sitzungen, deren bis jetzt 678 stattgefunden haben, vorzugsweise mit der Besprechung pädagogischer und wissenschaftlicher Fragen befaßte, wobei die bezüglichen Vorträge resp. Referate meistens von den Mitgliedern gehalten wurden. Ein besonderes Verdienst erwarb sich der Verein im Jahre 1872 durch die Gründung des „Pommerschen Provinzial-Lehrer-Verbandes", welcher zur Zeit mehr als 40 Zweig-Verbände zählt und einen integrirenden Theil des Preußischen Landeslehrervereins, sowie des Deutschen Lehrervereins bildet. In demselben Jahre veranlaßte der Stettiner Lehrer-Verein zum Besten der noch immer kärglich versorgten Hinterbliebenen des Lehrerstandes auch die Gründung des „Provinzial-Pestalozzi-Vereins", welchem außer vielen Nichtlehrern fast sämmtliche Lehrer der Provinz angehören, und der gegenwärtig bereits über ein Vermögen von ca. 35,000 M. verfügt. Außerdem hat sich der Verein durch die Einrichtung einer seit 16 Jahren bestehenden Sterbekasse und in letzter Zeit durch die Begründung einer Unterstützungskasse für die Hinterbliebenen seiner Mitglieder verdient gemacht. — Um den geselligen Verkehr unter den Mitgliedern zu pflegen, sowie die Familien derselben einander näher zu führen, veranstaltete der Verein regelmäßig im Sommer mehrere Ausfahrten und im Winter einige Kränzchen. — Besonders viel that der Verein in letzter Zeit auch für die Pflege des Gesanges. — Speziell im verflossenen Vereinsjahre hörte der Verein folgende Vorträge und Referate: 1) Real-Lesebuch oder nicht? (Backhaus I. und Gebhard). 2) Ueber das Mädchenturnen (Berg). 3) Lateinschrift oder deutsche Schrift (Lestmann). 4) Der Rechen-Unterricht (Schulz II.). 5) Die Normalschrift (Lau). 6) Die Kern'schen Reform-Vorschläge betreffend die deutsche Grammatik (Schmidt I. und Friese). 7) Gesundheitspflege in der Schule (Schultz II.). 8) Entwickelung und Einrichtung der Stadt-Schul-Bibliothet (Utpadel I.). 9) Junges Dorfteich als Lebensgemeinschaft (Schultz II.) 10) Probelektionen rc. (Bretzke). 11) Das Testament eines königlichen Kreis-Schul-Inspektors (Otto). 12) Die Orthographie-Reform (Hildebrand). 13) Vademecum für die Feinde der staatlichen Volksschule (Helnig). 14) Denkschrift betreffend das Verhältniß der rheinischen Klassenlehrer zu den Hauptlehrern (Vogler). — An der Festtafel betheiligten sich 127 Mitglieder. Dem Toaste auf den Kaiser, welchen der Ehrenpräsident des Vereins, Herr Lehrer Wulkow, der 11 Jahre lang den Vorsitz geführt hat, ausbrachte, folgten andere Trinksprüche, sowie Tisch- und Chorlieder in bunter Reihenfolge. Nach beendigter Tafel aber hielten humoristische Vorträge, an denen sich besonders die jüngeren Herren betheiligten, die Festversammlung in heiterster Stimmung bis zum frühen Morgen beisammen. — Für das nächste Vierteljahrhundert seines Bestehens rufen wir dem Verein ein herzliches „Glückauf" zu.

— Ornithologischer Verein. Sitzung vom 28. Februar. Vorsitzender Herr Dr. Bauer. Herr Oberforstmeister v. Barendorff zeigt einen auf dem Haff erlegten Singschwan, Cygnus musicus, vor. Derselbe hat ein Gewicht von 23 Pfund und eine Flügelbreite von $2^1/_2$ Metern. Er nistet im hohen Norden und zieht nur in strengen Wintern bis Deutschland herab. Benutzt werden namentlich die leichten weichen Daunen. Das Fleisch ist genießbar. Herr Dr. Bauer theilt mit, daß im Jahre 1872 die Schwäne durch die große Sturmfluth derart gelitten hätten, daß sie völlig erschöpft auf dem Lande liegend selbst vor den Menschen nicht flüchteten. Sonst seien sie scheu und schwer zu schießen. — Herr Major Langemak referirt hierauf über einen Vortrag des Prof. Marshal: Deutschlands Vögel im Wechsel der Zeiten. Anknüpfend an das Einwandern einzelner Vogelarten erwähnt Oberforstmeister v. Barendorff des vor einigen Jahren in kleiner Anzahl auftretenden, jetzt aber überall vorkommenden Franzosenkrauts, Galinsoria parviflora — Herr Kasten berichtet über einen in diesem Winter mehrfach beobachteten Vogel von der Größe des Seglers und kleinspitzflügelig wie ein Falke. Nach dieser Beschreibung läßt sich Falco aesalon, ein nordischer Vogel, vermuthen. Ferner wird berichtet, daß seit dem 24. v. M. die Staare hier seien. Schon seit 3 Jahren sind diese Vögel genau an demselben Tage angekommen. — Schließlich erfolgt noch die Aufnahme von 4 und die Anmeldung von 2 neuen Mitgliedern.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Rattenfänger von Hameln." Große Oper in 5 Akten.

Donnerstag. Stadttheater: Kleine Preise (Parquet 1 Mark rc.). „Lucia von Lammermoor."

Vermischte Nachrichten.

— (Ein originelles Souper.) In Glasgow wurde jüngst 150 Dieben ein Abendessen gegeben. Jeder Gast erhielt ein Billet, auf welchem Folgendes gedruckt stand: „Eintrittskarte zu dem besonders für Diebe veranstalteten aus Beefsteak-Pastete und Plum-Pudding bestehenden Abendessen, welches am 17. Februar um 3 Uhr 30 Minuten in Tolbooth Hall, 10 High Street stattfindet. Dieses Abendessen ist nur für Männer welche wegen Diebstahls verurtheilt sind. — Ned Wright aus London, welcher selbst Einbrecher und Preiskämpfer gewesen ist, wird einige interessante Mittheilungen machen und hoffentlich in der Lage sein, eine Menge Mittel, die sich für Andere schon äußerst wohlthätig erwiesen haben, anzugeben, wie man frei wird. Da die Zahl der Gäste auf 150 beschränkt ist, bittet man, zeitig zu kommen, um sich einen Platz zu sichern." Auf der Rückseite des Billets stand: „Sollte Jemand in die Halle wollen, ohne bemerkt zu werden, so kann er durch die Hinterthür an der Old Exchange Court hineinkommen." Die gewesenen Sträflinge hatten alle vor Ned Wright Revue zu passiren und nicht wenige wurden, weil sie keine waren, zurückgewiesen. Beim Essen gab es keine geistigen Getränke und ebensowenig wurden Reden gehalten. Dagegen spielte Ned Wright's Tochter auf der Violine, die einst dem berüchtigten Diebe Charles Peace gehört hatte. Die Gäste benahmen sich so anständig, daß einer der Zuschauer bemerkte, daß sich eine Kirchengemeinde im Westend Londons nicht hätte besser benehmen können. Englisch!

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 8. März. Der Hamburger Dampfer „Hermia" ist an der Westküste Amerikas total wrack geworden. Passagiere und Mannschaft sind gerettet. Nähere Nachrichten fehlen.

München, 8. März. Prinz Arnulf von Baiern wurde unter Beförderung zum General-Lieutenant, an Stelle des pensionirten Generals Heckel, zum Kommandeur der ersten Division ernannt.

Straßburg i. E., 8. März. Die „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen" veröffentlicht eine Verfügung des Staatssekretärs v. Hofmann an die Bezirkspräsidenten betreffend die Maßregeln gegen Vereine mit französischer Richtung. Gleichzeitig ist die Auflösung der Zentralverbände der elsässischen Gesang- und Turnvereine angeordnet. Das Blatt meldet ferner die Auflösung eines Gesangvereins im Kreise Rappoltsweiler, weil derselbe bei der Wahl von Simonis im deutschfeindlichen Sinne thätig gewesen, sowie die Amtsenthebung des Bürgermeisters Gilliot von Rheinau.

Wien, 8. März. Nach Nachrichten aus Konstantinopel haben der Sultan und die Pforte der bulgarischen Regentschaft ihre Glückwünsche zu der raschen Unterdrückung des Aufstandes übermitteln lassen. Die bei der Pforte vorhanden gewesenen lebhaften Besorgnisse wegen weiterer Verbreitung des Aufstandes sind durch den Sachverlauf erledigt.

Pest, 8. März. Die ungarische Delegation ist Mittags geschlossen worden, nachdem die von dem Kaiser sanktionirten Beschlüsse veröffentlicht worden sind.

Paris, 8. März. Herr v. Lesseps ist heute abgereist und wird morgen Vormittags in Berlin eintreffen.

Sofia, 7. März. Mehrere der verhafteten Personen sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden, dem Vernehmen nach hat der Staatsanwalt auch die Freilassung des früheren Ministers Sarasow, sowie diejenige Luscanows, eines Schwiegersohnes Zankows, angeordnet. Der verhaftete vormalige Minister Nikiforow hatte dem französischen Generalkonsul zur Kenntniß gebracht, daß er mißhandelt worden sei; die Regierung hat darauf angeordnet, daß Nikiforow im Beisein des Staatsanwalts und des Stadtkommandanten durch zwei Zivilärzte untersucht werde.